

WDR online vom 16.04.2015, S. 1

## Asyl-Spitzentreffen beendet: Großer Flüchtlingsgipfel, kleine Ergebnisse

Von Martin Teigeler

**Die Landesregierung hat am Mittwoch (15.04.2015) erneut mit Verbänden und Experten über die Lage der Asylbewerber beraten. Neue Beschlüsse wurden bei dem Treffen in Düsseldorf kaum gefasst. Der Flüchtlingsrat NRW und CDU zeigen sich unzufrieden.**

Seit dem ersten Flüchtlingsgipfel im Oktober 2014 in Essen seien "deutliche Verbesserungen" erreicht worden, sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Mittwoch (15.04.2015) in Düsseldorf nach knapp dreistündigen Beratungen. Zum wiederholten Mal sprach sie von einem "Paradigmenwechsel" im Umgang mit Asylbewerbern. Dies war auch die Kernbotschaft der Regierungschefin: Es läuft. Kraft legte eine lange Liste vor, was seit dem Herbst gemacht worden sei: mehr Sozialberatung, mehr Unterkunftsplätze, bessere Gesundheitsversorgung. Nun gebe es eine "To-Do"-Liste von Punkten, die weiterverfolgt werden müssten. Während Kraft den Reformprozess also auf einem guten Weg sieht, schlugen andere Gipfelteilnehmer kritische Töne an.

### CDU: Keine "eigenen Impulse"

Die rot-grüne Landesregierung setze keine "eigenen Impulse", sagte CDU-Fraktionsvize André Kuper nach dem Gipfel. Die Christdemokraten hatten einen "weiteren Ausbau der Kapazitäten auf mindestens 15.000 Regelunterbringungsplätzen in den Landeseinrichtungen" verlangt. Rot-Grün will 10.000 Vollplätze in den Landeseinrichtungen schaffen. 8.000 davon sind bisher erreicht. Kraft hielt der Opposition entgegen, es mache keinen Sinn, das Ziel bei den Plätzen hochzusetzen. Zunächst einmal müsse es darum gehen, die gesteckten Ziele bei den Kapazitäten zu erreichen. Dies solle in 2016 der Fall sein, sagte die Ministerpräsidentin. Zugleich forderte Kraft mehr Geld vom Bund. Die Kommunen, wo am Ende alle Flüchtlinge landen, sind nach ihrer Ansicht am "Rande ihrer Möglichkeiten" angekommen. FDP-Fraktionsvize Joachim Stamp nannte es "enttäuschend, dass sich die Landesregierung nicht zu einer klaren finanziellen Entlastung für die Kommunen durchringen konnte".

Auch Hilfsorganisationen äußerten sich nach dem Gipfel kritisch. "Ich finde es ein wenig bedauerlich, dass Frau Kraft und die Landesregierung so fest der Auffassung sind, dass der Paradigmenwechsel absolut

1

gelingen ist", sagte die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW, Birgit Naujoks, dem WDR. "Uns fehlt da noch ein Stück. Das Thema wird nicht rein aus der Perspektive des Flüchtlings betrachtet." Wenn man dies eingestehen würde, "wäre sicherlich mehr Offenheit da, bestimmte Punkte anzugehen", sagte Naujoks weiter. Der Flüchtlingsrat ist derzeit in Gesprächen mit dem Land, eine zentrale Beschwerdestelle für Flüchtlinge in ganz NRW aufzubauen. Eine Lösung gibt es bislang nicht. Land und Flüchtlingsrat debattieren noch die Frage, welche Kompetenzen eine solche Beschwerdestelle haben soll.

Auslöser der zwei NRW-Flüchtlingsgipfel war der Ende September 2014 bekannt gewordene Misshandlungsskandal. In Flüchtlingsheimen des Landes in Burbach, Essen und Bad Berleburg sollen Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste Flüchtlinge misshandelt haben. Staatsanwaltliche Ermittlungen laufen bis heute. Der Skandal löste eine Debatte über das gesamte System der Flüchtlingsunterbringung aus. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl kritisieren seit Jahren beispielsweise menschenunwürdige Sammellager für Asylbewerber. Mittlerweile hat sich die Asyldebatte wieder stärker zu einem Kostenstreit zwischen Bund, Ländern und Kommunen entwickelt.

**WDR online vom 16.04.2015, S. 3**

## **Flüchtlingsgipfel: Kraft fordert mehr Hilfe vom Bund**

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen hat NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Mittwoch (15.04.2015) mehr Hilfe vom Bund verlangt. Nach dem zweiten NRW-Flüchtlingsgipfel in Düsseldorf forderte sie zudem eine deutlich schnellere Bearbeitung der Asylverfahren, die in drei - statt wie bisher sechs - Monaten erfolgen solle. An dem Treffen nahmen Vertreter aus Politik, Kirchen, Kommunen und Flüchtlingshilfe teil.

Im ersten Quartal 2015 nahm NRW knapp 22.000 Flüchtlinge auf - ein Anstieg um 172 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Kommunen seien am "Rande ihrer Möglichkeiten" angekommen, sagte Kraft weiter.

Der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet hatte sich vor dem Treffen kritisch geäußert. "Inszenieren ersetzt kein Regieren", sagte Laschet. "Die Landesregierung unternimmt zu wenig, damit es endlich zu einer spürbaren Verbesserung der Situation von Flüchtlingen kommt."

Es seien bei weitem nicht alle Beschlüsse des ersten Gipfels vom Oktober 2014 umgesetzt worden, so Laschet. Vor allem müsse das Land die finanziellen Zuwendungen des Bundes zügig und vollständig an die Kommunen weitergeben. Das sei bislang nicht der Fall.